

HAVEL BRANDUNG

1/2016

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

Red Hand Day
Seite 2

**TISA – kein Thema für
unsere Stadt? Seite 3**



**Die Kampagne geht
weiter Seite 7**

Ein Flüchtlingsschicksal

Wir freuen uns sehr, dass das Interview mit Herrn Abdul T. aus Syrien zustande gekommen ist. Herr T. ist 33 Jahre alt, verheiratet und hat zwei kleine Töchter. Er hat die Landtagsabgeordnete Andrea Johlige vor einigen Monaten kontaktiert und sie gebeten, ihn bei seinem Verfahren gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu unterstützen. Mittlerweile ist Herr T. als Flüchtling anerkannt und lebt mit einem Teil seiner Familie in einer Wohnung in Friedrichshain bei

Döbern (Landkreis Spree-Neiße).

Herr T., bitte schildern Sie uns Ihr Leben vor dem Ausbruch des Krieges in Syrien.

Unsere große Familie hat in Ariha, einer Stadt mit ca. 50.000 Einwohnern zwischen Latakia und Aleppo, gelebt. Mein Vater hat über 30 Jahre als Lehrer für Kunst und Design gearbeitet und als Künstler bei der Stadtgestaltung mitgewirkt. Er war angesehen und geachtet. Ich habe einen Hochschulabschluss in Finanzwissenschaft und Ban-

king, habe an einer Berufsschule als Lehrer gearbeitet und war auch im Bereich De-



Abdul T. mit seiner Tochter Wedad im Jahr 2011, Foto: privat

signing tätig. Unsere Familie war wohlhabend, wir besaßen Wohneigentum, Autos, einen Designing-Shop im Stadtzentrum und eine Olivenplantage. Meine Brüder und ich lebten mit unseren Familien und unseren Eltern in einem großen Haus auf verschiedenen Etagen. Wir hatten alles, was wir brauchten, und waren mit unserem Leben sehr zufrieden.

Wie hat sich die Situation in Ihrer Heimatstadt und das Leben Ihrer Familie mit Beginn des Kriegs verändert?

Fortsetzung Seite 2

Besuch empfohlen

**Gemeinsame Veranstaltung
mit der DKP**

Am 21. April 2016 um 17.00 Uhr findet die zweite gemeinsame Veranstaltung des Kreisverbandes Brandenburg an der Havel der Partei DIE LINKE. mit dem Rotfuchs-Förderverein und der DKP Brandenburg im Gelben Salon des Fontane Clubs (Ritterstraße 69) statt. Der Vortrag von Dr. Alexander S. Neu (MdB/DIE LINKE, Mitglied des Verteidigungsausschusses) widmet sich dem Thema: „NATO, vom Militär- zum Kriegspakt – Herausforderung für Friedenspolitik und Friedensbewegung“.

**Basiskonferenz im Light
House**

Am 23. April findet im Light House (am Hauptbahnhof Brandenburg an der Havel) von 10.00 bis 13.00 Uhr eine Basiskonferenz statt. Stefan Ludwig spricht zum Thema: „Struktur- und Verwaltungsreform“. Engagierte Diskussionsbeiträge werden erwartet.

Neues Deutschland wird 70

Gefeiert wird vom 22. - 24. April 2016 im Innenhof des eigens überdachten nd-Gebäudes. Am Freitag ab 18.00 Uhr heizen die Bands „Hassenscheiße“ und „Rolando Random & The Young Soul Rebels“ ein. Am Sonnabend ab 11.00 Uhr läuft das Hauptprogramm mit Musik und Grill, Talkrunden und Führungen durch die Redaktion. Am Sonntag folgt ein Frühschoppen. Ausführlicher unter www.nd-live.de.

Redaktion HB

Nachsitzen in Sachen Kita-Beiträge

Einen bereits – wenn auch mit denkbar knapper Mehrheit – gefassten SVV-Beschluss noch einmal zu kippen, ist sicher kein Vorgehen, das man auf andere Abstimmungsgänge übertragen sollte. Aber im konkreten Fall der Kita-Beitragsordnung hat sich das „Nachsitzen“ gelohnt. Am liebsten hätten viele, nicht zuletzt die LINKEN, natürlich einen beitragsfreien Kita-Besuch durchgesetzt, aber dazu hätte es, erstens, entsprechender Regelungen von der Landesebene bedurft – wovon wir derzeit weit entfernt sind. Zweitens hätte man das mehrheitlich beschlossene Haushaltssicherungskonzept ignorieren müssen, dem gemäß alle Bereiche einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten haben. Es konnte also nur darum gehen, den Spagat zwischen moderater Erhöhung der Kita-Gebühren und sozialer Ausgewogenheit hinzukriegen. Das war bei

der ursprünglichen Vorlage nur als Grobprinzip gelungen, nicht aber für alle Fallgruppen. So führte die Anrechnung des Kindergeldes auf das Elterneinkommen bei kinderreichen Haushalten zu einer überproportionalen Beitragserhöhung, während die zugrunde gelegte Einkommensgrenze darüber liegende Familieneinkommen nicht be-



Natur-Kindergarten in Nord berücksichtigte. Auch die pauschalierte Essengeldabrechnung führte im Einzelfall zu Ungerechtigkeiten.

Bei den LINKEN war es Ilona Friedland, die mit durch-

gerechneten Fallbeispielen zeigte, dass in dem ersten Beschluss der beschriebene Spagat noch nicht gelungen war. Besonders akribisch hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Pro Kirchmöser die Knackpunkte aufgespürt. Verschiedene Änderungsanträge wurden dann in den zuständigen Gremien diskutiert und von unserem Sozi-

albeigeordneten Dr. Erlebach fachlich begleitet sowie in einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe (für DIE LINKE war Birgit Patz dabei) zu einem ausgewogenen Kompromissvorschlag zusammen geführt. Der von

allen demokratischen Fraktionen gemeinsam getragene Änderungsantrag konnte eine größere Beitragsgerechtigkeit herstellen und fand mehrheitliche Zustimmung. Es war sicher keine Höflichkeitsfloskel, wenn sich Klaus Hoffmann von den Grünen am Ende der Diskussion bei seinen Mitstreitern und der Verwaltung für die konstruktive Arbeit bedankte. Den Dank gab der Sozialbeigeordnete ausdrücklich an die Beteiligten zurück.

Zu erwähnen bleibt, dass die Beitragsordnung eine Richtlinie ist, an die sich die freien Träger bislang in unterschiedlichem Maße halten, sprich: Nicht wenige Träger verlangen höhere Beiträge als die empfohlenen und sortieren damit auch Kinder aus, deren Eltern sich diese Beiträge nicht leisten können. Dass hierbei die kirchlichen Einrichtungen vorangehen, ist ein pikantes Detail.

Redaktion Havelbrandung

Fortsetzung von Seite 1

Während des arabischen Frühlings formierte sich im April 2011 in unserer Stadt eine Gruppe von 15 - 20 Personen, vorwiegend intellektuelle, um in friedlichen Demonstrationen demokratische Veränderungen zu fordern. Ich gehörte mit meinen Brüdern zu ihren Gründern. Wir demonstrierten friedlich, unbewaffnet, unabhängig von Parteien und äußeren Einflüssen. Unser Ziel war es, die Menschen aufzurütteln. Aus den ca. 20 Personen in der ersten Woche wurden in der zweiten Woche schon 200 - 300. Erst nach fünf Monaten wurden Forderungen nach Assads Sturz laut. Im August 2011 wurde ich zum militärischen Sicherheitsdienst vorgeladen, als Anführer registriert, verwarnt und mit einem Demonstrationsverbot belegt (das ich aber nicht einhielt). Mitte 2012 wurde Ariha als strategischer Punkt an der Autobahn zwischen Latakia und Aleppo als eine von zwei Städten im ganzen Land vollständig von der Armee besetzt. Es herrschte militärische Willkür, Menschen wurden einfach so erschossen, darunter auch Freunde von mir. Auf vereinzelt bewaffneten Widerstand in der Bevölkerung reagierte die Armee mit grausamer Vergeltung.

Was war der Auslöser für Ihre Entscheidung, Syrien zu verlassen?

Nach Beschuss durch Panzer und Hubschrauber wurden Häuser in unserer Nachbarschaft zerstört. Es erfolgten wiederholt Hausdurchsuchungen, bei denen meine Festnahme und die meiner Brüder drohte. Da fassten wir

den Entschluss, wir müssen weg von hier, egal wohin.

Wie haben Sie die weite Strecke nach Deutschland zurückgelegt, wie ist es Ihnen auf diesem Weg ergangen?

Wir überquerten zu Fuß illegal die Grenze zur Türkei, die so nahe ist, dass wir sie von unserem Haus aus sehen konnten. Wir gingen ohne Gepäck und nahmen nur Papiere, Geld und Schmuck mit. Zwei Jahre lang warteten wir in der Türkei, dass sich die Situation in Syrien ändert. Wir lebten dort unter sehr schwierigen Bedingungen, besonders mein 65-jähriger Vater hoffte sehnlichst auf eine Rückkehr, er war zu keiner weiteren Flucht bereit. Im August 2014 machte ich mich als ältester Sohn nach Europa, den ich erst im April 2015 beenden konnte. Nicht vergessen kann ich die lebensgefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland, den Fußmarsch mit ständiger Furcht vor der Polizei, das Übernachten im Wald bei Temperaturen von bis zu -11 Grad, meinen Gefängnisaufenthalt in Mazedonien und die menschenunwürdige Behandlung durch die Polizei in Ungarn. Den Weg von Budapest nach Passau konnte ich in einem Auto zurücklegen, von dort ging es weiter mit dem Zug über Nürnberg, Hannover und Berlin nach Eisenhüttenstadt.

War es Zufall, dass Sie Ihre Flucht nach Deutschland geführt hat oder stand die Bundesrepublik als Ziel von Anfang an fest?

Mein Ziel war ein Land, in dem Flüchtlinge menschenwürdig behandelt werden und Möglichkeiten zur Integration haben, ich dachte an Schwe-

den, die Niederlande oder Deutschland. Da entfernte Verwandte in Deutschland leben und ich die Hoffnung auf ein Studium dort habe, entschied ich mich für Deutschland.

Was war Ihr erster Eindruck, als Sie in Deutschland ankamen?

Mein erster Aufenthaltsort war Eisenhüttenstadt, dann ein Übergangwohnheim in Forst, von dort ging es in eine Wohnung in Friedrichshain bei Döbern (Landkreis Spree-Neiße). Meine ersten Eindrücke von deutschen Menschen waren ein Mann aus Hamburg im Zug von Passau, er verhielt sich freundlich, interessierte sich und gab mir Hinweise für die Zugfahrt. Positive Eindrücke habe ich auch von deutschen Polizisten, die für mich unerwartet freundlich waren, und Menschen in Friedrichshain und Döbern, von denen ich Hilfe und Unterstützung in verschiedener Weise erhielt.

Welche Erwartungen haben Sie an ein Leben in Deutschland und welche Ängste haben Sie?

Ich habe keine Ängste, ich bin ein positiv denkender Mensch, der offen ist für die Zukunft. Ich möchte keine Ansprüche stellen und mir nichts schenken lassen, sondern mit meiner Familie ein Leben in Frieden und ohne Angst führen. Ich möchte studieren, damit mein Hochschulabschluss in Deutschland anerkannt wird und ich mit einer qualifizierten Arbeit meine Familie ernähren kann.

Das Interview wurde in Döbern in englischer Sprache geführt von Norbert Höink.

Wer hat hier Blut an den Händen?

Ein Kommentar zum „Red Hand Day“

Die Bundeswehr rekrutiert jährlich über 1.300 Minderjährige. Seit Jahren wird dies von den Vereinten Nationen kritisiert. Dennoch waren am 28. Januar 2016 wieder viele Abgeord-



Norbert Müller, MdB DIE LINKE
Presseservice Rathenow

nete der CDU/CSU und der SPD dabei, als im Rahmen des internationalen „Red Hand Day“ die Aktion „Kinder sind keine Soldaten“ der Kinderkommission (Kiko) im Deutschen Bundestag stattfand. Abgeordnete, Beschäftigte und Gäste des Bundestages konnten ihre roten Handabdrücke abgeben und damit gegen den Einsatz von minderjährigen Soldaten protestieren.

Als Vorsitzender der Kiko durfte ich diese international anerkannte Aktion zusammen mit Caren Marks, der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, und Ralf Willinger von terre des hommes sowie Frank Mischo von der Kinder-nothilfe eröffnen. In meiner Ansprache stellte ich klar, dass die BRD erst dann eine weltweite Vorbildfunktion in Kinderschutzfragen einnehmen kann, wenn man nicht nur auf den Einsatz Minderjähriger in Kampfhandlungen verzichtet, sondern auch die militärische Ausbildung 17-Jähriger bei der Bundeswehr beendet.

Leider gibt es für einen umfassenden Schutz von Kindern vor den Folgen von Krieg und Militarisierung im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Im Rahmen einer Anhörung der Kinderkommission bestätigte Ministerialdirigent Nachwey vom Bundesministerium der Verteidigung Ende Januar, dass die Bundeswehr weiterhin darauf bestehe, auch 17-Jährige zu rekrutieren,

um „das Potential bestmöglich auszuschöpfen“. Diese Position widerspricht nicht nur der UN-Kinderrechtskonvention, sie ist schlicht menschenverachtend.

Kurz zusammengefasst: Die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und der SPD finden es schlecht, wenn in der Welt Kinder als Soldaten agieren und verurteilen dies zumindest am „Red Hand Day“ auch öffentlich, was prinzipiell zu begrüßen ist. Wenn es aber um die Praxis der Bundeswehr geht, beginnt in der Koalition das große Schweigen.

Am Nachmittag belegte der Hashtag „RedHandDay“ bei Twitter Platz 1. Bilder mit roten Handabdrücken waberten durch den digitalen Äther. Die ganze Aktion wurde durch zwei namentliche Abstimmungen eingerahmt. Gegen 13 Uhr wurde der Beschluss über die „Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“, kurz MINUSMA, gefasst. 283 Abgeordnete der Union und 157 Abgeordnete der SPD stimmten für den Kriegseinsatz. Nur die Linksfraktion war geschlossen dagegen. Ab 14 Uhr wurde dann die „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte“ beschlossen. Auch hier das gleiche Bild: 283 Abgeordnete der Union dafür, 157 bei der SPD. Die Stimme der Vernunft oblag erneut uns Linken.

Mir bleiben die Abgeordneten im Gedächtnis, die nach der Aktion der Kinderkommission mit blutroter Farbe an ihren Händen im Parlament saßen, um ihre Stimme für den nächsten Kriegseinsatz zu geben.

Norbert Müller (MdB)

Übrigens ...

... fasste kürzlich der Whistleblower Thomas Drake seine Erfahrungen mit den US-amerikanischen Behörden so zusammen: „Unsere Verfassung betont die freiheitlich-demokratischen Werte, aber die Arbeitswelt funktioniert als totalitäres System.“ Ähnlichkeiten mit der bundesdeutschen Wirklichkeit sind alles andere als zufällig.

... sind die regionalen Medien den Aktionen der LINKEN nicht eben wohlgesonnen. Der Volksmund hat dafür zwei Erklärungen parat. Eine für östliche Wendehälse: „Die größten Feinde der Elche war'n früher selber welche.“ Und eine für West-Importe: „Wat der Bauer nicht kennt, det frisst er nicht.“ Wobei man fressen hier durchaus mit verstehen übersetzen kann.

TISA – kein Thema für unsere Stadt?

TTIP, CETA, TISA? Was haben diese Freihandelsabkommen mit unserer Kommune zu tun? Mehr als uns lieb sein dürfte. TISA (Trade in Services Agreement) ist das Abkommen zwischen der EU und den USA sowie 21 weiteren Staaten über den Handel von Dienstleistungen. Ziel ist es, eine noch größere Liberalisierung dieses Handels zu erreichen. Brandenburg an der Havel ist schon lange keine Industriestadt mehr, sie ist eine Stadt mit vielen Dienstleistungen geworden – und wäre damit den Begehrlichkeiten von TISA stark ausgesetzt.

Anfang Dezember ist die 15. Verhandlungsrunde von TISA hinter verschlossenen Türen zu Ende gegangen, kaum beachtet, denn anders als TTIP ist TISA in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt.

Es geht um die Privatisierung von Dienstleistungen.

Auf dem Verhandlungstisch liegen nahezu alle Dienste, die von der öffentlichen Hand erbracht werden: Versorgungsleistungen im Bereich Energie, Bildung, Gesundheit, ... Diese sollen möglichst vollständig von privaten Unternehmen übernommen werden. Da Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge teilweise stark subventioniert werden, könnten private Unternehmen diesen „Nachteil“ vor speziellen Schiedsgerichten in Frage stellen – mit bisher ungeahnten Folgen: Hart erkämpfte Sozialstandards könnten, weil

sie den Gewinninteressen privater Unternehmen im Wege stehen, abgeschafft werden; der Klimaschutz könnte durch vollständige Liberalisierung der globalen Energiemärkte torpediert werden.

Können Sie sich vorstellen, dass unsere Schulkantinen von Konzernen wie Coca-Cola oder McDonald's betrieben werden, dass international abgesprochen wird, welcher Stundenlohn und wie viele Urlaubstage Beschäftigte im Dienstleistungssektor bekommen?

Einmal privatisiert, immer privatisiert

Bei den Leistungen der Daseinsvorsorge handelt es sich um öffentliche Güter, die mit Steuermitteln geschaffen wurden. Wer diese Güter mit dem Ziel der Gewinnmaximierung privatisiert, enteignet Volkseigentum. TISA versucht überdies Regelungen durchzusetzen, wonach einmal erfolgte Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Rekommunalisierungen, wie sie auch DIE LINKE in Brandenburg an der Havel in ihr Programm geschrieben hat, sollen durch eine sog. Sperrklausel verboten werden.

Finden Sie das gerecht? Aber wir haben Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, z.B. indem wir die Aktionen von attac unterstützen oder entsprechende Resolutionen in die SVV einbringen. Noch ist es nicht zu spät.

Andreas Kutsche

Nicht mit uns!



Unsere Gartenfreunde warten immer noch darauf, dass die Hängepartie „Zweitwohnungssteuer“ beendet und ihre Bungalows, oft Marke Eigenbau, definitiv von einer solchen Steuer ausgenommen werden. Oder sind die

Gartenhäuschen, z.B. der Kleingartensparte „1. März“, vielleicht doch winterfester und geräumiger, als es auf den ersten Blick aussieht? Raum ist schließlich in der kleinsten Hütte, mag die Stadtverwaltung auf der Suche nach

neuen Geldquellen denken. Nicht mit uns! DIE LINKE hat sich ausdrücklich gegen eine Zweitwohnungssteuer auf die Lauben der alteingesessenen Kleingärtner ausgesprochen.

Redaktion Havelbrandung

Vegetarischer russischer

Borschtsch

Zutaten für zwei Personen:

1 kleine Büchse Sauerkraut
1 kleines Glas Rote Beete
ca. zwei Hände voll (eher weniger) tiefgefrorenes Suppengemüse
2 – 3 Kartoffeln
1 mittelgroße Zwiebel
Sonnenblumen- oder Rapsöl
Salz, Pfeffer, Pimentkörner, Lorbeerblatt, Kümmel
saure Sahne
Petersilie
kochendes Wasser

Das Gemüse, die gewürfelte Zwiebel und die geschälten und gewürfelten Kartoffeln

in heißem Öl, das den Boden eines Suppentopfes bedeckt, anbraten. Einige Male umrühren. Nicht braun braten.



Anschließend zunächst das Sauerkraut und dann die Rote Beete (beides mit dem Saft) hinzugeben.

Mit kochendem Wasser (Menge je nach gewünschter Konsistenz) auffüllen. Ich neh-

me immer soviel Wasser, dass Sauerkraut und Rote Beete gut bedeckt sind. Alles gut miteinander vermengen.

Mit Salz, Pfeffer, Pimentkörnern, einem halben großen Lorbeerblatt und Kümmel würzen.

Köcheln lassen, öfter umrühren.

Wenn die Kartoffeln gar sind, ist auch der Borschtsch fertig.

Auf einen Suppenteller geben, einen Klecks saure Sahne in der Mitte platzieren und mit der gehackten Petersilie bestreuen.

Guten Appetit!

Solveigh Calderin

Ein sozialer Fimmel?

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Wochenpost“ 41/1989, die man zu DDR-Zeiten nur unterm Latentisch bekam, auf Seite 16 einen Artikel über eine besondere Brigade im Konsum-Waffelspezialbetrieb „konsü“ Brandenburg. Direktor Peter Dywan hatte 1985 zugestimmt, geschützte Arbeitsplätze für Behinderte einzurichten. Das waren meist „nichts Schulbildungs-, aber förderungsfähige“ junge Leute und auch solche

mit einem körperlichen Handycap. Die Betreuung und ggf. Weiterbildung der „nur sehr begrenzt belastbaren Frauen und Männer“ wurde ein Erfolgsmodell. Dywan konnte sich in der Folge mit einer weiterführenden Idee anfreunden: Das Programm sollte auf „psychisch auffällige, sich asozial verhaltende und kriminell gefährdete“ Werksangehörige ausgedehnt werden, im Brandenburger Jargon: auf Asis, Alkis und Bummelanten.

Dywan's Überzeugung: „Damit die Leute endlich besser mit ihrem Leben zurechtkommen, müssen sie arbeiten. Regelmäßig. Das ist der einzige Weg. Aber den gehen sie nicht, wenn wir immer mehr Druck ausüben. Statt dessen sollten wir ihnen sagen: Wenn ihr gesoffen habt und verpennt, dann kommt eben, wenn ihr ausgeschlafen habt. Aber kommt! Das wäre der erste Schritt.“

Die Leitung der zu bildenden Sonderbrigade wurde

dem erfahrenen Meister Heinz Teske angetragen. Der stimmte nach kurzer Bedenkzeit zu. Seine Frau hatte ihn noch gewarnt: „Die machen dich fix und fertig.“ Und einzelne Kollegen moserten: „Wir machen die Arbeit und die haben ein Freilos.“ Aber alles in allem funktionierte der Plan einer Sonderbrigade; die „Wochenpost“ konnte von einer Erfolgsgeschichte berichten...

Nein, den nostalgischen Tonfall wollen wir unbedingt

vermeiden. Aber Fakt ist: „konsü“ gibt es nicht mehr und erst recht nicht solche Sonderbrigaden. Auch die „Wochenpost“ wurde abgewickelt. Waren die speziellen Brigaden Ausfluss eines „vormundschaftlichen Staates“ oder Ausdruck sozialen Verantwortungsgefühls für die Schwächsten unserer Gesellschaft? Die Frage mag sich jeder selbst beantworten.

Redaktion Havelbrandung

Einig in der Sorge um den Frieden

Der Einladung von Vertretern der DKP und der Partei DIE LINKE folgten am 19.11.2015 über 40 interessierte Personen ins Bürgerhaus Hohenstücken.

Als Hauptredner sprach Wolfgang Doghorn, Mitarbeiter der Zeitschrift „RotFuchs – Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“. Er beleuchtete in seinen beeindruckenden Ausführungen die weltpolitische Rolle der USA und der NATO und ihr Verhältnis zu Russland. Er machte deutlich, dass die USA hauptsächlich für die fortwährende Verschärfung der Situation in Europa, in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten verantwortlich sind und auch in Europa die Kriegsgefahr längst nicht gebannt ist. Dabei ist Deutschland seitens der USA die Rolle der Speerspitze der NATO in Europa zugeordnet. Wir sollen die „Schnelle Eingreiftruppe“ führen. Gegen wen eigentlich?

Statt ein vernünftiges Verhältnis mit Russland anzustreben, machen sich CDU und SPD (!) zum Erfüllungshelfen der Amerikaner; für die USA ist Russland nach wie vor der Hauptfeind, wie es erst vor Wochen der amerikanische „Kriegsminister“ geäußert hat. Sollten nicht ursprünglich alle Atomraketen der Amerikaner von deutschem Boden verschwinden? Übrigens werden deutsche Piloten in deren Anwendung ausgebildet. Sind sich unsere Politiker denn nicht im Klaren, dass im Falle ihres Einsatzes von Deutschland nur eine atomar verseuchte Wüste übrig

bleibt?

Durch deutsche Waffenlieferungen in die verschiedensten Regionen der Welt sind wir mitschuldig an vielen militärischen Konflikten. In der Diskussion wurde betont, dass die vielen Flüchtlinge die Quittung für eine zig Jahre lang falsche Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungshilfepolitik der führenden kapitalistischen Länder sind und dass diese Politik systemimmanent ist. Auch hier spielen die USA eine unrühmliche Rolle, denn immerhin haben sie mit der Beteiligung an über 200 Kriegen bzw. bewaffneten Konflikten seit 1945 die Hauptschuld an der gegenwärtigen Situation.

Aber eigentlich machen unsere Politiker doch alles richtig. Mit der Produktion von Panzern, U-Booten, Raketen und Waffen sichern sie viele Arbeitsplätze und verhelfen damit Besitzern von Aktien der großen Rüstungskonzerne (darunter vielleicht sich selbst!) zu einer schönen Dividende. Leider wusste der Redner nicht zu beantworten, warum Parteien, die für diese Politik verantwortlich sind, bundesweit bei Wahlen immer wieder die meisten Stimmen bekommen. Und nach wie vor kommen viel zu wenige gemeinsame Aktionen linker Kräfte gegen diese Politik zustande.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass ein solches Treffen wiederholt werden soll. Vielleicht bekunden dann auch Vertreter der SPD und CDU durch ihre Anwesenheit ihr Interesse.

Bernd Vogel

„Arme Länder bangen um ihre Existenz“, hieß es in einer großformatigen Zeitung. Dabei ist dieses Bangen völlig unbegründet. Die entwickelten Länder werden schließlich auch in Zukunft dafür sorgen, dass es arme Länder gibt.

Ove Lieh

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen
Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

Zwischenbilanz: Stand der Realisierung unseres Wahlprogramms

Zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 erstellte der Kreisverband der LINKEN ein anspruchsvolles Wahlprogramm. Inzwischen sind fast 2 Jahre vergangen und es ist sinnvoll nachzuschauen, was aus unserem Programm geworden ist. Als Schwerpunkte hatten wir die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Stadtentwicklung, Verkehr, Umweltschutz, Haushalt und Finanzen formuliert. In allen Bereichen sind Aktivitäten zu verzeichnen, sei es über Anträge oder Anfragen der Fraktion, sei es über Veranstaltungen des Kreisverbandes.

Wenn es um die Finanzen geht, ist es für unsere 8 Stadtverordneten nicht einfach, Entscheidungen zu treffen. Soziale Zielstellungen (z.B. bedarfsgerechte und bezahlbare Kitaplätze) lassen sich bei der angespannten Haushaltslage der Stadt nur teilweise realisieren. Der jetzt fraktionsübergreifend erarbeitete und von unserem Sozialbeigeordneten begleitete Änderungsantrag zu den Kita-Gebühren

konnte verschiedene Ungerechtigkeiten mindern (siehe Artikel S. 1).

Auch in Sachen „soziale Stadt“ ist viel passiert, was sich leider noch nicht in entsprechend offensiven Medienbeiträgen in der Öffentlich-



Elke Kroll, Foto: WeM

lichkeit widerspiegelt.

Um die Arbeit des HdO als soziokulturelles Zentrum langfristig zu stärken, hat die Linksfraktion (gemeinsam mit der CDU) bis 2018 jährlich eine Erhöhung des städtischen Zuschusses von 20000 € beantragt. Dies wurde von der SVV so beschlossen.

Auch über Anfragen an die Verwaltung nutzen unsere Stadtverordneten die Möglichkeit, Schwerpunkte unseres Wahlprogramms deutlich zu machen und aus den Antworten der Verwaltung abzuleiten, welche Reaktionen notwendig

sind. Insgesamt wurden seit der letzten Kommunalwahl 39 Anfragen von unseren Stadtverordneten gestellt. Inhaltlich ging es z.B. um das Kulturjahr 2016, um die Betriebsführungskosten des Marienbads, um freies WLAN, den Schulentwicklungsplan, die WOBRA und den sozialen Wohnungsbau, die BUGA, das Theater und natürlich den Haushaltsplan.

Wir positionierten uns in unserem Wahlprogramm auch für eine weltoffene Stadt Brandenburg an der Havel. Dazu bildete sich in unserem Kreisverband eine aktive Gruppe von jungen Genossen und Genossinnen und solid-Mitgliedern, die Willkommensangebote für Flüchtlinge unterbreitet. Regelmäßig findet ein Internetcafé für Flüchtlinge statt und es wird die Begleitung in die Bibliothek organisiert.

Auf der Internetseite des Kreisverbands DIE LINKE (www.dielinke-stadt-brb.de/fraktion) können alle Anträge und Anfragen eingesehen werden.

Elke Kroll (Vorsitzende)

Gute Verse sind mehrdeutig

„Schreib doch wieder ein kurioses Gedicht“, forderten mich mehrere Genossinnen und Genossen auf. Die folgenden Verse stammen leider nicht von mir, aber die dazugehörige kuriose Geschichte könnte man besser kaum erfinden.

„Seitdem du uns verlassen hast, hat manches sich hier verwandelt. Es wuchs ein junges Geschlecht heran, das anders fühlt und handelt.“

Diesen Vierzeiler meißelte der Rathenower Künstler Karl Mertens (1903 – 1988) in den derzeit verwaisen Sockel des Heine-Denkmal am Heine-Ufer. Wie bekannt, wurde die Büste vor einem Jahr gestohlen und soll nun mit Hilfe einer Spendenaktion als Nachguss wiederaufste-

hen. Als Auftakt der Aktion wurde Christian Liedtke, Archivar des Heinrich-Heine-Instituts Düsseldorf, zu einem Vortrag in das Gotische Haus eingeladen. Er ließ einen globalen Blick über die Heine-Denkmal dieser Welt schweifen und unterhielt den vollen Saal mit interessanten Details zu ihrem wechselvollen Schicksal. Auch die Herkunft der Verse auf dem Sockel am Heine-Ufer hatte er recherchiert. Sie stammen aus „Deutschland, ein Wintermärchen“, allerdings aus einer Passage, die Heine später nicht mehr für eine Veröffentlichung vorsah und die überhaupt nur noch in zwei handschriftlichen Quellen existiert. Wie Karl Mertens an diese Quellen gekommen war oder wer ihn beraten hat, ist nicht bekannt. Offenbar entsprachen die Verse aber

dem Zeitgeist um 1980 und wurden auch von den Kulturfunktionären gern genommen.

Ob wohl jemand geahnt hat, dass der Vierzeiler aus seinem pikanten Zusammenhang gerissen wurde? Heine wundert sich nämlich an dieser Stelle darüber, dass er nach mehr als 10 Jahren Abwesenheit von Deutschland nicht mehr die vertrauten „leichten Mädchen“ antrifft, sondern lauter Unbekannte. Aber eine alte Bekannte findet er doch und die erklärt die Situation mit den zitierten Worten.

Falls Mertens diesen Hintergrund kannte, muss man ihn nicht nur für eine der schönsten Heine-Büsten, sondern auch für seine Schlitzohrigkeit bewundern.

Dr. Uta Sändig

Fighting for 20 years

Zur antifaschistischen Gedenkdemo am 20. Februar

Am 20. Februar, dem 20. Todestag des alternativen Jugendlichen Sven Beuter, zogen 250 bis 300 Antifaschist_innen durch Brandenburg an der Havel. Begleitet wurden die Demonstrierenden, die zu großen Teilen aus Berlin, Potsdam und Burg kamen, von nur wenigen Polizeibediensteten. Diese verhielten sich sehr zurückhaltend und beschränkten sich maßgeblich auf die Regelung des Verkehrs. Durch zahlreiche Redebeiträge diverser antifaschistischer

tisierten die Situation zwischen Dorf- und Stadt-Antifa und erklärten, dass es wichtig sei, Strukturen im flachen Land zu unterstützen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir uns noch einmal bei allen angereisten Gruppen bedanken, die zum Teil weite Wege auf sich genommen hatten, um an der Demonstration teilzunehmen und die uns schon vorher unterstützt hatten.

Alles in allem war es für uns ein gelungener Tag, auch wenn ein Wermutstropfen



Gedenken zum 20. Todestag von Sven Beuter, Foto: Presseservice Rathenow

Gruppen wurde auf verschiedene Weise auf das Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt eingegangen. Besonders ist der Redebeitrag der Opferperspektive hervorzuheben, der noch einmal deutlich machte, dass Sven Beuter nach seinem Tod weiter durch lokale Politiker_innen diskriminiert wird, indem sie eine Umbenennung einer Straße oder eines Platzes mit dem Hinweis, dass Beuter ein Punk war, ablehnen. Unsere Meinung: Es geht nicht darum, einen Helden zu ehren, sondern an eine unmenschliche Tat zu erinnern.

Andere Redebeiträge thematisierten

bleibt: Die von der lokalen Presse heraufbeschworenen 500 Demonstrant_innen haben wir leider nicht erreicht, unsere eigenen Erwartungen wurden jedoch, was die Teilnehmenden angeht, mehr als erfüllt. Wir werden uns aber nicht auf dem Erfolg des Tages ausruhen, denn auch in den kommenden Wochen finden zahlreiche rassistische Aufmärsche im Land Brandenburg statt. Wir werden unsere Freund_innen vor Ort unterstützen und rufen zur Teilnahme an den Gegenprotesten auf.

Antifa Jugend Brandenburg

Der Unterschied zwischen Gott und den Historikern besteht hauptsächlich darin, dass Gott die Vergangenheit nicht mehr ändern kann.
Samuel Buttler

Ein Mensch mit weißen Haaren ist wie ein Haus, auf dessen Dach Schnee liegt. Das beweist aber noch lange nicht, dass im Herd kein Feuer mehr brennt.

Maurice Chevalier

Unbefriedigend

Behinderte kritisieren Entwurf des Bundesteilhabegesetzes

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat den Arbeitsentwurf zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorgelegt. Leider lässt dieser Entwurf wenig Platz zum Optimismus. Viele Forderungen der Behindertenverbände sind nicht berücksichtigt worden.

Ein Kritikpunkt der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) selbstbestimmte Behindertenpolitik Brandenburg besteht darin, dass die Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit von Leistungen der Eingliederungshilfe nicht gewährleistet wird. Das hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderungen, die auf diese Leistungen angewiesen sind, deutlich mehr armutsgefährdet sind als Menschen ohne Behinderung. Damit rückt der von uns geforderte Nachteilsausgleich in weite Ferne. Wollen wir mit diesem Gesetz eine wirkliche Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben erreichen, dann brauchen wir ein Gesetz, das finanzielle Mittel bereitstellt, um diese

Teilhabe zu ermöglichen.

Eine weitere Forderung ist, dass die Eingliederungshilfe aus dem bisherigen System der Sozialhilfe herausgelöst und als eigenständiges Leistungsgesetz weiterentwickelt wird. Die Leistungen müssen sich an dem individuellen Bedarf des Antragstellers orientieren. Das ist im Arbeitsentwurf aber nicht konkret geregelt. Abgesehen davon, dass der Begriff der „Eingliederungshilfe“ nicht wirklich zielführend ist und dem Gedanken der Inklusion widerspricht. Positiv bewerten wir, dass das Recht der Eingliederungshilfe am Prinzip des offenen Leistungskataloges festhält.

Im Arbeitsentwurf des BMAS fehlen allerdings Leistungen zur Teilhabe an der Bildung. Diese Leistungen gehören aber unbedingt in so einen Katalog, denn eine gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Wir erachten es auch für unabdingbar, dass das Prinzip

der Bedarfsermittlung bundesweit vereinheitlicht wird, damit in Deutschland kein Flickenteppich für die Eingliederungshilfe entsteht, wie das heute schon beim Blindengeld der Fall ist.

Eine unserer langjährigen Forderungen ist eine trägerunabhängige Beratung von Menschen mit Behinderung. Hier müssen die Interessen der Betroffenen im Vordergrund stehen und nicht die der Träger. Die unabhängige Beratung muss als Rechtsanspruch im BTHG verankert werden. Viele Behindertenverbände, so auch die BAG, bevorzugen das „Peer counseling“ (Behinderte beraten Behinderte), denn Menschen mit Behinderung sind „Experten in eigener Sache“.

Es darf weiterhin keinerlei Einschränkungen beim Wunsch und Wahlrecht für bestimmte Leistungen geben. Dies gilt auch für Menschen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen.

LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik Brandenburg

Demo-Einmaleins

Im letzten Jahr haben in vielen Dörfern und Städten rassistische und neonazistische Kundgebungen und Aufmärsche stattgefunden. Für uns alle ist klar: Es darf keinen Fußbreit Raum geben für menschenverachtende Hetze und wir stellen uns ihr entgegen, wo immer wir können. Egal ob wir mit Fahne und Trillerpfeife, mit Blockaden oder einfach durch unsere Anwesenheit protestieren, wollen wir alle am Ende des Tages gesund und in Freiheit sein. Darum vergesst nicht:

Geht in Gruppen. Es macht mehr Spaß, gemeinsam aktiv zu sein, und ihr seid geschützter vor Pöbeleien und Angriffen durch Neonazis. Besprecht vorher, was ihr zu tun bereit seid. Es nützt nichts, eine Gruppe zu haben, wenn am Ende einzelne Leute Fahnen schwenkend auf der Barrikade stehen und der Rest hinter der Polizeiabspernung zuschaut.

Seid nüchtern und ausgeschlafen. Auch wenn es verlockend ist, am Abend vorher oder wäh-

rend der Demo den eigenen Aktivismus zu feiern, seid ihr betrunken oder verkatert keine Hilfe, sondern eine Belastung, wenn es zu Angriffen durch Neonazis oder Schwierigkeiten



Foto: Linksjugend [‘solid’]

mit der Polizei kommt.

Respektiert andere Aktionsformen. Nur wir alle gemeinsam können es schaffen, Rassist_innen und Neonazis zu stoppen. Je nach eurer eigenen Aktionsform können andere langweilig, unnütz, krawallig oder illegal wirken, und ihr dürft gerne die Lichterkette, die Sitzblockade oder die Menschen an den brennenden Mülltonnen argwöhnisch betrachten. Aber vergesst nicht: Seid solidarisch, sie alle erfüllen eine Rolle, die für

den Erfolg notwendig ist, und sind auf die für sie richtige Weise aktiv.

Seid gut ausgerüstet. Lasst alles zuhause, was ihr nicht unbedingt braucht, allem voran Gegenstände oder Werkzeuge, die als Waffen dienen können, die ihr vielleicht sonst von der Arbeit immer dabei habt. Auch der Fotoapparat bleibt zuhause, es gibt auf jeder Demo offizielle Fotograf_innen, die euch diese Arbeit abnehmen, und er kann so nicht verloren gehen oder beschädigt werden. Folgendes kann euch im Gepäck sehr nützlich sein:

- wetterfeste Kleidung und Sonnenschutz
- robustes Schuhwerk
- ausreichend Trinkwasser
- Notizblock und Bleistift
- Münzgeld fürs Telefon
- Erste-Hilfe-Set
- Stadtplan und Kompass
- Taschenlampe
- Gutes Gelingen!

Linksjugend [‘solid’]

Bella gibt ihren Senf dazu*Hallo Leute,*

sagt mal, wat ist denn da im Rathaus los? Der Bau-beigeordnete fühlt sich von der OB gemobbt und ruft die Stadtverordneten als Schiedskommission an. Na, wenn det man jut jeht! Also, ick bin ja bestens im Training als Kummerkasten, denn wo heult es sich schon besser



aus als bei der Friseurin Ihres Vertrauens? Falls die jehwählten Volksvertreter Wert auf meinen Rat legen, kann ick nur sagen: Bloß nicht aus dem Bauch heraus Partei ergreifen, vor allem nicht, bevor man beede Seiten jehört hat. Oder noch besser: Bevor man eene unabhängige Instanz mit der Prüfung des Schlamassels betraut hat. Ick selber habe mir ja anjehwöhnt, wenn mir im Salon „Scharfe Schere“ während der Strähnchen-Behand-

lung ganze Familienkonflikte erzählt werden, möglichst cool zu bleiben und dabei zu denken: Wie mag sich det wohl aus Sicht der Gegenpartei anhören? Nee, billiges Zum-Munde-Reden jibt's bei mir nicht. Aber natürlich haben diese Rathaus-Querelen jetzt wat von einer David-gegen-Goliath-Geschichte bekommen (wobei Goliath diesmal weiblich ist), und da neigt unsereins dazu, sich auf die Seite von David zu schlagen. Aber ist der als wohlbestallter Staatsbeamter tatsächlich so bemitleidenswert? Der weiß doch, dass die OB den demokratischen Zentralismus praktiziert, wie sie ihn in DDR-Zeiten bei der SED gelernt hat, und dass ihre CDU-Jenossen, ob nun mit ost- oder westdeutscher Kinderstube, die Parole bevorzugen: „Ick will so bleiben, wie ick bin.“ Oder, wie deren Fraktionsvorsitzender es ausdrückt: „Man beißt die Hand nicht, die einen füttert.“ Und wenn det Futter mal zu mager ausfällt oder unbekömmlich ist, hat man früher an den Staatsrat jeschrieben, um die Bestimmer vor Ort auf Trab zu halten. Heute muss man trickreicher vorgehen. Ick hätte da, wenn jewünscht, durchaus ein paar Tipps auf Lager. Nichts für unjut!

Eure Bella Branne

Aus unserer Rubrik:
Im Lexikon geblättert

Die beiden Begriffe werden meist als ein Entweder-Oder gesehen. Schlägt man sie in Lexika nach, so stößt man auf Ähnlichkeiten. „Religio“ ist lateinisch und hat ursprünglich die Bedeutung: „gewissenhafte Beachtung von Vorzeichen und Vorschriften auf der Grundlage des Glaubens an übernatürliche Kräfte (z.B. Gott)“. Spätere Ergänzungen betonen, dass solche Kräfte der wissenschaftlichen Beschreibung nicht zugänglich

sind, nur der individuellen Erfahrung. „Weltanschauung“ ist eine deutsche Worterfindung, die unübersetzt in viele Sprachen übernommen wurde. Gemeint ist „die auf Wissen, Erfahrung und Empfinden basierende Gesamtheit persönlicher Wertungen, Vorstellungen und Sichtweisen“, schlichter gesagt, die Art und Weise, wie Menschen ihre Welt „anschauen“. „Der Kleine Prinz“ würde hinzufügen: „Man sieht nur mit dem Herzen gut.“

Halten wir fest: Auch bei „Weltanschauung“ wird die

Kaum war Helene Fischer über Weihnachten atemlos durch die deutschen Stadl-Kanäle gehechelt, da blieb sie auch schon an Till Schweigers Knete im Kopp hängen und ballerte sich mit ihrem Silbereisen eiskalt durch unsere Tatort-Wohnzimmer. Was

für eine kriminelle Karriere! Eine Frau, und dann noch mit Migrationshintergrund!

Die CSU hatte sich schon was dabei gedacht, als sie elektronische Fußfesseln für Gefährder forderte. Ihr Horstl, also König Ludwig, der Seehofer, hatte davon geträumt, dass er der schönen Helene die Fesseln persönlich um ihre schmalen Fesseln legen kann – so wäre er doch wenigstens an seine eigene erotische Obergrenze gestoßen.

Solche romantischen Sicherungsmaßnahmen kennen unsere strategischen Partner im Nahen Osten ja überhaupt nicht. Bei den Saudis ist die Rübe schneller runter als die Fessel dran, und das völlig ohne Nachfolgekosten. Ja, Ruhe ist manchmal auch sehr preiswert zu erreichen; ob der Schäuble das schon weiß?

Wir helfen gerne, auch ganz

robust! „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist was für Diplomatie-Spinner! Für die verängstigten Öl-Scheichs am Golf ist ein Leopard-Panzer in der Wüste viel, viel mehr wert als zehn Steinmeier auf dem roten Teppich. Deswegen soll ja der Sigg, unser Erzengel

Gabriel, inzwischen sogar sein himmlisches Schwert an die Saudis verhöckert haben ...

Ja, die westliche Welt kann mächtig stolz sein auf ihre Jahrtausend-Bilanz: Mit den Amis an der Spitze unserer Wertegemeinschaft haben wir Afghanistan befriedet, dem Irak die Demokratie gebracht, in Libyen den Diktator weggebombt, in Syrien auch, naja, beinahe, fast... und waren ganz nebenbei auch noch die Hebammen des IS, um nur die nebelpreis-verdächtigen Leistungen zu nennen.

Nun hätte es ja völlig genügt, wenn aus jedem dieser Länder eine überschaubar kleine Schar von Dankes-Flüchtlingen zu uns gekommen wäre! Gut, man kann sich schon vorstellen, dass das Leben in unbewohnbaren Städten nicht gerade vergnügungssteuer-pflichtig ist, aber müssen die deswegen das Wort

„Willkommen“ gleich sooo falsch verstehen! Kein Wunder, dass nach der Methode Orban immer mehr Länder dicht machen! Schengen können wir uns schenken. Und die drei Milliarden Euro für Erdogan, das lachende Pokerface vom Bosphorus, erst recht.

Von wegen EU!... IA schreit der Esel!

Kein Grund zur Panik, die Yankees haben noch einen Trump im Ärmel, den Immobilien-Mogul Donald Trump. Sollte der ins Weiße Haus einziehen, dann geht's aber rund im Oval Office und die muslimischen Flüchtlinge können sich genauso frisch machen wie die rund 11 Millionen Einwanderer aus Mexico. Die will der Polit-Rabauke mit den schottisch-pfälzer Wurzeln alle sofort ausweisen – und jetzt kommt's: die Grenze nach Mexico durch eine durchgehende Mauer sichern...

Lebte noch der DDR-Schalck und seine Kommerzielle Koordinierung, dann hätten wir mit der Mauer-Blaupause den schadstoff-ärmsten Export-schlager seit VW...

Hans-Joachim Lass

„What a wonderful world ...“**Glosse****Religion oder Weltanschauung?**

sein Freund Heinrich Heine fordert: „Wir wollen hier auf Erden schon das Himmreich errichten.“

Der Marxismus-Leninismus versieht seine Weltanschauung mit den Attributen „wissenschaftlich“ und „der Arbeiterklasse“ und betont somit deren Rationalität und Objektivität. Man fragt sich zwar, warum gerade die Arbeiterklasse einen besonderen Hang zur Wissenschaft haben soll, findet aber den Anspruch einleuchtend, die Gesellschaft mit wissenschaftlichen Methoden ergründen zu wollen. Genauer

gesagt: mit geisteswissenschaftlichen Methoden, und bei denen kommt, viel stärker als in den Naturwissenschaften, der ‚Faktor Mensch‘ ins Spiel, ergo das Wünschen und Wollen von Subjekten. Problematisch wird es, wenn die „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“ als ein allgemein- und endgültiges Erklärungsmuster aufgefasst wird, an dem nicht gerüttelt werden darf, an dem man sich berauschen kann – das man also wie eine Religion konsumiert.

Dr. Uta Sändig

Porträt Bernd Kettmann

Bernd Kettmann ist 65 Jahre alt, verheiratet und hat 2 Kinder sowie 4 Enkelkinder. Der gelernte Ingenieurökonom und heutige Rentner ist Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben der SVV. In seiner Freizeit dreht sich viel um die Enkel, außerdem ist er Vorsitzender einer Hauseigentümergeinschaft.

HB: Bernd, seit wann bist du Mitglied der LINKEN und was hat dich zum Eintritt in die Partei bewogen?

B. K.: Nach dem berechtigten Ende der DDR wurde schnell klar, dass neben den neuen Freiheiten die alten Makel des Kapitalismus sogar verstärkt zu Tage traten. Auch für viele Menschen in der alten BRD verschlechterten sich die Bedingungen. Für Linke eröffnete sich nun die Möglichkeit, im gesamt europäischen Maßstab zu denken. Hier wollte ich nicht abseits stehen.

HB: Wo liegen die Schwerpunkte der Arbeit im Wirtschaftsausschuss?

B. K.: Wie aus dem vollständigen Namen des Ausschusses hervorgeht, sind die Themen breit gefächert. Bei ‚Wirtschaft‘ geht es um alle Unternehmen auf dem Gebiet der Stadt. Für sie müssen günstige Bedingungen existieren. Die Infrastruktur muss stimmen, genügend Gewerbeflächen vorhanden sein. Gleiches gilt für Fachkräfte. Zur Stärkung dieser Ziele arbeitet die Stadt mit Rathenow und Premnitz im Projekt „Wirt-

schaftsregion Westbrandenburg“ zusammen.

Mit ihrer Gewerbesteuer von rund 18 Mio. € pro Jahr leisten die größeren Unternehmen auch einen bedeutenden Beitrag zum Haushalt der Stadt. Die jetzt diskutierte Erhöhung um ca. 2,5 Mio. € trifft je nach Wirtschaftslage sicher manches Unternehmen hart.

Brandenburg ist zwar kein reiner Urlaubsort, aber die Übernachtungszahlen haben sich positiv entwickelt, nicht nur wegen der BUGA. Hier unterstützt die Stadt auch die STG Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH.

HB: Und wie sieht es mit den städtischen Unternehmen aus?

B. K.: Hier reicht die Palette von den Stadtwerken, den Verkehrsbetrieben, der Wobra, über das Klinikum bis zur BAS, um nur einige zu nennen. Der Ausschuss berät die Wirtschaftspläne und die Quartals-



berichte. Aktuell liegt der Wirtschaftsplan des Marienbades vor. Die Anzahl der Besucher hat sich trotz der teilweisen Preiserhöhungen vor einem halben Jahr bei rund 300.000 stabilisiert. Es war aber ein Jahreszuschuss durch die Stadt von 840.000 € erforderlich.

HB: Was sagst Du zur weiteren Entwicklung des Packhofgeländes?

B. K.: Im Oktober besuchten meine Frau und ich für ein paar Tage Erfurt. Wir hatten ein Hotel am Rande des Altstadtkerns gewählt. In kurzer Zeit waren wir zu Fuß an der Krämerbrücke und am Dom, man hätte auch unmittelbar in eine Straßenbahn einsteigen können. Viele Menschen waren in der Innenstadt unterwegs bzw. saßen dort unter Schirmen vor Lokalen. Touristen, die unsere schöne Innenstadt besuchen wollen, würden ein vergleichbares Hotel wählen. Da bietet sich der Standort Packhof an, zumal wenn ein breiter öffentlicher Uferstreifen zum Spazieren einlädt. Das könnte, neben neuen Wohnbauten, erheblich zur Belebung der Hauptstraße beitragen.

HB: Was unterscheidet DIE LINKE von anderen Parteien?

B. K.: Organisatorisch und menschlich vielleicht gar nicht so viel, es wird geliebt und gestritten, oftmals mehr als sinnvoll ist und vom Publikum verstanden wird. Inhaltlich haben wir einige Merkmale, die bei anderen entweder nicht vorhanden oder nicht so ausgeprägt sind. Um einige Stichworte zu nennen: konsequente Friedenspolitik, 100% sozial, Antifaschismus und -rassismus, Solidarität und Sicherung der Demokratie.

Die HB bedankt sich für das Gespräch und wünscht persönlich und politisch weiterhin alles Gute.

Für die HB fragte: Daniel Herzog

Das muss drin sein – die Kampagne geht weiter

Am 04. Dezember 2015 zogen wir mit unserem Infostand vor das Jobcenter in Brandenburg, um „heiße Getränke gegen soziale Kälte“ zu verteilen. Leider kamen nur sehr wenige Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger. Dennoch waren Gespräche mit einigen von ihnen möglich. Einer meinte: „Organisieren Sie eine Großdemo – ich bin sofort dabei!“

Die Mitarbeiter des Jobcenters fühlten sich als „Helfer der Arbeitslosen“ und empfanden es als „unerhört“, dass wir „die Arbeitslosen aufhetzen“ würden, wo sie deren Aggressionen schon genug aushalten müssten. Sie erzählten stolz, es gäbe im Jobcenter weder befristete Arbeitsverträge noch Minijobs. Alle seien glücklich und zufrieden. So glücklich und zufrieden, dass uns der Wachdienst höflich bedankte, den Hof des Jobcenters zu verlassen. Diesem Wunsch kamen wir natürlich nach und begegneten den Arbeitslosen nun an der Straßenbahnhaltestelle und auf ihrem Weg zum Jobcenter.

Ich bemerkte wieder die große Angst der Menschen zuzugeben, wie schlecht es ihnen geht. Eine Frau fragte: „Wollt Ihr uns denn nun auch noch die Minijobs wegnehmen?“ Dass ich ihr vorher erzählt hatte, es ginge darum, solche Jobs in unbefrist-

tete Vollzeit-Arbeitsverträge umzuwandeln, hatte sie gar nicht wahrgenommen. Anderen stand die Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ins Gesicht geschrieben, sie eilten schnell vorbei...

Am 15.12.2015 waren wir dann mit unserem Bürgerfrühstück wieder im Bürgerhaus Hohenstücken, um mit den Menschen dort über unsere Aktion „sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV“ und „Frist oder stirb“ zu sprechen.

Die Menschen, mit denen ich sprach, sind unseren Themen gegenüber sehr aufgeschlossen. Sie erleben die Auswirkungen der Austeritätspolitik täglich am eigenen Leib. Ein Anwohner, den ich vor dem Supermarkt in der Nähe des Bürgerhauses traf, sagte: „Ja, die LINKEN sind noch die einzigen, die was für uns machen.“ Eine Aussage, die zeigt, dass unser Einsatz für die Schwächsten der Gesellschaft bei den Menschen ankommt.

Darum muss es unsere Aufgabe sein, auch 2016 mit unseren Aktionen nicht nachzulassen, die den Menschen zeigen, dass wir uns für die Interessen und Rechte der Schwächsten und genauso für die aller Beschäftigten einsetzen.

Solveigh Calderin

Es gibt kein fremdes Leid

Seit es Menschen gibt, gibt es Völkerwanderungen. Selbst das berühmte Ehepaar Maria und Joseph wurde davon nicht verschont, als es wegen einer Volkszählung eine beschwerliche Reise in die überfüllte Hauptstadt unternahm und plötzlich auch noch einen neugeborenen Schreihals versorgen musste.

Was am Heiligabend roman-

tisch verklärt gefeiert wird, bekommt plötzlich auch für deutsche Staatsbürger einen realen Hintergrund: Zu Tausenden drängen Obdach und Schutz Suchende in ihr Land. Die Motive der Geflüchteten mögen unterschiedlich sein, aber niemand verlässt ohne Grund sein vertrautes Zuhause. Und wenn dieses Zuhause nur noch eine Ruinenland-

schaft ist, wenn Angehörige zu Tode kommen, wenn man buchstäblich vor dem Nichts steht, dann wird man aus dieser geschändeten Heimat nur noch weg wollen.

Dass man hierzulande die vielen Fremden nicht ohne Beklemmung zur Kenntnis nimmt, ist verständlich: Sie könnten gewalttätig sein, den Arbeitsplatz wegnehmen oder

fremde Rituale einführen, sich womöglich als unverbesserliche Diebe „emanzipieren“. Was davon Tatsache und was nur Panikmache ist, wird sich früher oder später herausstellen. Wer jedoch Ängste gezielt schürt, sollte auch zugeben, dass es ihm nicht um die Neuankömmlinge samt ihren Sorgen geht, sondern um das eigene Wohl. Nicht selten wird die ungewöhnliche Situation zum persönlichen Vorteil schamlos ausgenutzt. Dass der Zuzug von fremdländischen Mitbürgern auch eine Chance ist, zeigt folgende Begebenheit: In einem kleinen

Dorf in Sachsen-Anhalt sollte die Schule wegen zu geringer Schülerzahl geschlossen werden. Der „Zufall“ wollte es, dass mehrere geflüchtete Familien mit Kindern in eben dieses Dorf einzogen. Damit war unverhofft die Existenz der Schule gerettet.

Letztlich sei darauf hingewiesen, dass die einheimische Bevölkerung weiter abnimmt. Vermutet wird, dass 2050 nur noch 60 Millionen Deutsche leben werden. Das ist keine Panikmache, sondern ein bedenkenswerter Fakt.

Wilfried Weise

Bilderrätsel

Die Stadt Brandenburg an der Havel verfügt über eine Vielzahl von Skulpturen; ob nun als Ehrenmal oder als Plastik an einem Haus.

Das erste Bild zeigt eine Detailansicht. Wo befindet sich diese Skulptur?

a) am Krematorium b) an der Justizvollzugsanstalt c) auf dem Hauptfriedhof

Eine recht moderne Skulptur zeigt das zweite Foto. Auch hier wollen wir wissen, wo sich diese befindet.

**a) an der „Stube“ in Kirchmöser b) neben dem Bürgerhaus Hohenstücken
c) auf dem Markt im Stadtteil Nord**

Auf dem dritten Bild sehen Sie ein Teil eines Tores. Dieses verzieren gleich zwei Figuren. Wo befindet sich dieses Tor?

a) Packhof 9 b) Kurstraße 20 c) Ritterstraße 96

Wir wünschen allen Rätefüchsen viel Spaß beim Rätseln. Schicken Sie Ihre Antwort unter dem Stichwort „HB Bilderrätsel“ bis zum Einsendeschluss am 30.04.2016 an die Redaktion der Havelbrandung c/o DIE LINKE, Kirchhofstr. 1-2, 14776 Brandenburg an der Havel. Die Gewinner können sich über einen City-Scheck freuen. Wie üblich wird die Auflösung in der nächsten Ausgabe der Havelbrandung veröffentlicht.

Werner Müller



WeM



WeM

2



WeM

3

Auflösung des Bilderrätsels aus der Ausgabe 3/2015

Brandenburg an der Havel schmückt sich mit dem Titel Wasserstadt. Auch wenn wir hier nicht in Venedig sind, so ist die Vielzahl der Gewässer doch nicht zu übersehen. In der Havelbrandung 3/2015 wollten wir wissen, wie gut sich unsere Rätsel Füchse zu diesem Thema auskennen.

In der **1. Frage** wollten wir wissen, über welche Fläche der Gördensee verfügt. Wer sich für b (ca. 40 ha) entschied, lag richtig. In der **2. Frage** ging es um die Länge des Silokanals. Hier war a (5,25 km) korrekt. Wer schließlich wusste, dass für die **3. Frage** nach der Größe der Insel Kiehnwerder c (12 ha) angegeben werden musste, war perfekt.

Die Gewinner der City-Schecks sind R. Lietz, Cornelia Görsch und Klaus Brandt.

Werner Müller

Was? Wann? Wo?

März

14.03.2016 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
16.03.2016 - 09.30 Uhr - Bürgerfrühstück
16.03.2016 - 16:00 Uhr - Bürgersprechstunde Fraktion & Vorstand
16.03.2016 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
19.03.2016 - 09.30 Uhr - Kreisparteitag, TGZ
22.03.2016 - 11.00 Uhr - Infostand „Das muss drin sein“, Neust. Markt
22.03.2016 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende
29.03.2016 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung

April

11.04.2016 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
13.04.2016 - 10.00 Uhr - Geschäftsf. Vorstand
19.04.2016 - 11.00 Uhr - Infostand „Das muss drin sein“, Tschirchdamm
20.04.2016 - 09.30 Uhr - Bürgerfrühstück
20.04.2016 - 16.00 Uhr - Bürgersprechstunde Fraktion & Vorstand
20.04.2016 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
25.04.2016 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
26.04.2016 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende

Mai

01.05.2016 - 10.00 Uhr - Demo zum Tag der Arbeit
„Zeit für mehr Solidarität“, Neust. Markt
09.05.2016 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
11.05.2016 - 10.00 Uhr - Geschäftsf. Vorstand
18.05.2016 - 09.30 Uhr - Bürgerfrühstück
18.05.2016 - 16.00 Uhr - Bürgersprechstunde Fraktion & Vorstand
18.05.2016 - 18.00 Uhr - Vorstandssitzung
23.05.2016 - 18.00 Uhr - Fraktionssitzung
24.05.2016 - 16.00 Uhr - Beratung BO-Vorsitzende

immer freitags 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr - Internetcafé für Flüchtlinge

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstr. 1-2 statt.

Weitere Termine auf <http://tinyurl.com/zjpxlvr>

Änderungen & Ergänzungen vorbehalten, beachten Sie auch aktuelle Pressemitteilungen,

Impressum HAVELBRANDUNG

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 01/2016, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Lutz Krakau, E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, Auflage: 15.000 Stück, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), Redaktion: Solveigh Calderin, Robert Kleiber, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Robert Scholz, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, Grafik: DIE LINKE Brandenburg (1), Privat (6)
Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel

• Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
• Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61

Website: www.dielinke-stadt-brb.de